Amtliche Bekanntmachungen

Öffentliche Bekanntmachung
Bauleitplanung der Stadt Hamm

Satzung der Stadt Hamm vom 01.10.2019 für die 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 01.007- Bahnhofsplatz- und Bereithaltung des Bebauungsplanes

Aufgrund

§ 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NW S. 666/SGV. NW 2023) - in der gegenwärtig geltenden Fassung -;

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) - in der gegenwärtig geltenden Fassung - i.V.m. der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO -) vom 26. Januar 1990 (BGBl. I S. 132) - in der gegenwärtig geltenden Fassung -;

Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbauordnung 2018 - BauO NRW 2018) vom 03. August 2018 (GV. NRW. Ausgabe 2018 Nr. 19 S. 441 bis 458) - in der gegenwärtig geltenden Fassung-

hat der Rat der Stadt Hamm in seiner Sitzung am 01.10.2019 die planungsrechtlichen Festsetzungen der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 01.007 als Satzung mit der Begründung vom 07.06.2019 beschlossen.

Die 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 01.007 – Bahnhofsplatz – umfasst den Baublock des Heinrich-von-Kleist-Forums, südlich der Luisenstraße, westlich der Bahnhofstraße, östlich der Gustav-Heinemann-Straße, dem Willy-Brandt-Platz sowie dem Platz der Deutschen Einheit in der Gemarkung Hamm, Flur 34, entlang
- der Südseite der Luisenstraße und den Nordgrenzen der Flurstücke 59, 62, 302, 245, 151 und 338,
- nach Süden abknickend entlang der Westseite der Bahnhofstraße und die Ostgrenzen der Flurstücke 338, 337, 336, 335, 243, 241, 240,
- in weiterer Verlängerung entlang der Ostkante des Platzes der Deutschen Einheit,
- nach Westen abknickend entlang der Südkante des Platzes der Deutschen Einheit,
- nach Norden abknickend entlang der Westkante des Platzes der Deutschen Einheit,
- in gerader Verlängerung bis auf die Südgrenze des Flurstückes 233,
- nach Westen abknickend, entlang der Südgrenze des Flurstückes 233,
- nach Norden abknickend entlang den Westgrenzen der Flurstücke 233 und 232,
- nach Nordosten abknickend, entlang der Ostseite der Gustav-Heinemann-Straße und den Westgrenzen der Flurstücke 173, 345 und 59 bis zum Ausgangspunkt.

Hinweise gemäß §§ 44 und 215 (2) BauGB

1. Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 und Abs. 4 BauGB über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche wegen Planungsschäden in Folge der Aufstellung dieses Bebauungsplanes wird hingewiesen. Die Leistung dieser Entschädigung ist schriftlich bei der Stadt Hamm oder beim Entschädigungspflichtigen zu beantragen. Ein Entschädigungsanspruch erlischt, wenn er nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres geltend gemacht wird, in dem die planungsbedingten Vermögensnachteile eingetreten sind.
2. Eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans sowie nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs werden gemäß § 215 Abs. 1 BauGB unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Stadt Hamm unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Bekanntmachungsanordnung:
Die vom Rat der Stadt Hamm am 01.10.2019 als Satzung beschlossene 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 01.007 wird hiermit öffentlich bekanntgemacht. Die 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 01.007 wird mit Begründung zu jedermanns Einsicht während der Dienststunden im Stadtplanungsamt der Stadt Hamm, Technisches Rathaus, Gustav-Heinemann-Straße 10, 59065 Hamm, Räume A0.006 oder A0.005, bereitgehalten. Mit dem Tage dieser Bekanntmachung, die an die Stelle der sonst für Satzungen vorgeschriebenen Veröffentlichung tritt, tritt die 3. Änderung des Bebauungsplans Nr. 01.007 in Kraft. Gleichzeitig treten die Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 01.007 außer Kraft, soweit sie durch die Änderung erfasst werden.

Der Bebauungsplan wurde im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung gemäß § 2 (4) BauGB aufgestellt.

Die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen kann gegen die Satzung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn

a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
c) der Oberbürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Hamm vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Hamm, 29.10.2019, Der Oberbürgermeister, gez. Hunsteger-Petermann

Veröffentlicht: Westfälischer Anzeiger vom 07.11.2019, Ausgabe Nr. 258